



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/274 - 25.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Die Gleichberechtigung im Grundgesetz	S. 1
Innerpolitische Zuspitzung in Italien	S. 3
Hamburg - ein Warnzeichen	S. 5
Von Holzapfel zu Meyer ?	S. 6
Walz durfte nicht sprechen	S. 7

Die Gleichberechtigung der Frau ist unwiderruflich

Von einem juristischen Mitarbeiter

Daß die Bonner Regierungskoalition in diesem Bundestage über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügt, hat vielfach zu der irrtümlichen Annahme verleitet, die Bundesregierung könne zusammen mit ihrer qualifizierten Mehrheit in Bundestag und (seit der Hamburg-Wahl) in Bundesrat nach ihrem Belieben das Bonner Grundgesetz vom 23. Mai 1949 ändern lassen. Erstaunlicherweise wird in der Öffentlichkeit häufig angenommen, daß es bloß eines verfassungsergänzenden Gesetzes bedürfe, um den EWG- und den General-Vertrag mit der Verfassung vereinbar werden zu lassen. Dies ist eine Täuschung. Denn beide Verträge verstoßen gegen unabänderliche Vorschriften des Grundgesetzes. Darauf wird man noch im Einzelnen eingehen müssen.

Das Gleiche gilt für den Plan, die Gleichberechtigung der Frauen jetzt wieder rückgängig zu machen. Dabei wird vollkommen verkannt, daß die Frauen seit dem 1. April 1953 endgültig eine Rechtsstellung erlangt haben, die ihnen auch durch Verfassungsänderung nun nicht mehr genommen werden kann, weil das Grundgesetz - anders als die Weimarer-Verfassung - auch die Zulässigkeit von Verfassungsänderungen begrenzt hat. Nach dem Staatsrecht der Weimarer Verfassung konnte der Reichstag jederzeit die Verfassung durchbrechen oder jedenfalls sie willkürlich abändern,

falls nur das einzige formale Erfordernis erfüllt wurde, nämlich die Zweidrittel-Mehrheit. Das Bonner Grundgesetz dagegen hat eine fundamental andere Regelung getroffen. Nach Art. 79 Abs. 3 GG ist eine Änderung des Grundgesetzes ausgeschlossen, durch welche die in Art. 1 niedergelegten Grundsätze berührt werden. Eine solche Änderung des Grundgesetzes ist also auch mit Hilfe einer Zweidrittel-Mehrheit nicht möglich.

Nach Art. 1 des Grundgesetzes ist die Würde des Menschen unantastbar und ist es Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, diese Würde zu achten und zu schützen. Das deutsche Volk bekennt sich daher durch Art. 1 Abs. 2 GG zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft. Es ist anerkannt, daß die in Art. 3 des Grundgesetzes verbürgte Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und Gleichberechtigung von Männern und Frauen eine Verwirklichung und Ausführung des in Art. 1 anerkannten Grundsatzes der Menschenwürde ist.

Allerdings hatte Art. 117 Abs. 1 GG bisher eine Ausnahme gemacht und erlaubt, daß bis zum 31. März 1953 den Frauen die Gleichheit vor dem Gesetz und eine Gleichberechtigung mit den Männern noch vorbehalten werden dürfe, soweit dies im älteren Recht bestimmt sei. Dieser Vorbehalt aber ist mit Ablauf jener Frist weggefallen, so daß eine endgültige und vorbehaltlose Gleichberechtigung der Frauen jetzt eingetreten ist. Nach Art. 19 Abs. 2 GG darf kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. Nach Art. 79 Abs. 3 GG ist es unzulässig, die bereits eingetretene Verwirklichung der Folgen, die sich aus dem Grundsatz einer Unantastbarkeit der Menschenwürde im Sinne des Art. 1 GG ergeben, für dauernd oder auch nur auf Zeit wieder rückgängig zu machen.

Wäre es anders, so könnte eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestage und im Bundesrat auch sonst den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und den Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde durchbrechen. Würde den Frauen auch bloß vorübergehend die jetzt schon gültige Gleichberechtigung genommen werden können, so müßte eine Zweidrittel-Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften entsprechend auch in der Lage sein, für dauernd oder auf Zeit eine ähnliche Ausnahme für die Angehörigen einer bestimmten Rasse oder eines bestimmten Glaubens usw. zu beschließen. Dies eben kann ausnahmslos nach Art. 79 des Grundgesetzes nicht mehr sein.

Der Plan der CDU/CSU, der DP und des BHE, durch ein vermeintlich verfassungsänderndes Gesetz unser Grundgesetz dahin zu ändern, daß vorübergehend den Frauen die Gleichberechtigung ganz oder teilweise wieder genommen wird, scheidet also an Art. 79 GG, weil er die zulässigen Grenzen der Verfassungsänderung überschreitet. Dieser Plan ist das Papier nicht wert, worauf er gedruckt ist. Politisch enthüllt er allerdings, daß die CDU/CSU mit allen Mitteln die Gleichberechtigung der Frauen bekämpft, auch mit dem Mittel des Verfassungsbruchs. Es wäre besser, wenn der gleiche Kraftaufwand darauf verwendet würde, endlich die gesetzliche Regelung zu treffen, die der bereits verfassungsgültigen Gleichberechtigung entspricht, und die Rechtssicherheit gewährleistet.

+ + +

Gefährdete Mitte - verstärkte Extreme

j.k. - Rom

Niemand in Italien zweifelt daran, daß während der letzten Wochen die extreme Rechte bedeutende Prestigegewinne erreichen konnte. In Reden ihrer Politiker und Artikeln ihrer Presse haben die National-Monarchistische Partei - der nur ein Bruchteil der royalistisch Eingestellten angehört - und das neofaschistische Movimento Sociale Italiano in aller Offenheit gezeigt, daß sie annehmen, ihre Stunde sei gekommen.

Dieses Glück war ihnen unerhofft in den Schoß gefallen. An der parlamentarischen Struktur hat sich seit den Sommerwahlen nichts geändert. Immer noch ist die Demokratisch-Christliche Partei dank ihren 262 Abgeordneten und 111 Senatoren (von insgesamt 590 und 243) führend und stellt allein die Regierung. Immer noch auch hat die Linke (KP und Pietro Nenni Sozialisten) 218 Kammerstimmen inne, während die beiden Rechtsparteien nur 68 haben. Doch innerhalb der großen "Democristiana" einigen starke Gruppen der Auffassung zu, Stärkung und Sicherung seien nur durch ein kräftiges "Augen rechts" zu erreichen.

In Lagebesprechungen der "Democristiana" kam es daher gegen Ende November zu Zusammenstößen und lebhafter Kritik. Dabei wurde in außenpolitischer Hinsicht gerügt, Italien laufe Gefahr, im Westen Sympathien zu verlieren, ohne im Osten neue zu gewinnen, aber es wurde auch - auf dem rechten Flügel - ziemlich deutlich gesagt, Italiens Westbindungen seien in Art und Auswirkungen keinesfalls befriedigend. Dies nun ist, in etwas abgeschwächter Form, genau das, was Neofaschisten und Kreml-Freunde seit Jahren laut und deutlich predigen.

Schroffe Gegensätze zwischen den Auffassungen der einzelnen Gruppen der DC traten nicht nur während der Partei-Beratungen zutage, sondern fanden ihren Niederschlag auch in Reden und Publikationen. Dem Ministerpräsidenten Pella wird anscheinend der Vorwurf gemacht, er habe im leidigen und aufregenden Triest-Konflikt der nationalistischen Rechten zuviel freie Hand gelassen, und da das Gespann nun einmal in rasenden Galopp geraten, sei zu befürchten, daß es ihm durchgehe. Auf dem rechten Flügel der "Democristiana" scheinen etliche Politiker über diese Aussicht eher erfreut als besorgt. Auf dem linken Flügel der Partei aber und auch in ihrem Zentrum weiß man, daß jede Stärkung der extremen Rechten unweigerlich auch zur Stärkung der extremen Linken führen muß. Es ist weder Wunder noch Zufall, daß beide mit allen

Mitteln Neuwahlen herbeiführen wollen.

Was die Besorgten sich fragen, ist nur aus der besonderen Struktur der Parteien Italiens zu verstehen; die Frage lautet: "Wohin würden sich Wähler wenden, die einen Rechtsdrall der DC scharf ablehnen?" Die scheinbar naheliegende Antwort, daß sie sich vermutlich einer anderen Mittelpartei, etwa Saragats Sozialdemokraten, anschließen würden, kann dabei mit Recht als unzutreffend zurückgewiesen werden. Denn es läßt sich nun einmal nicht abstreiten, daß Saragats Partei bei den letzten Wahlen verlor, während Nennis Sozialisten gewannen (die "Saragatianer" haben 19 Kammeritze, die "Nennisten" 75), und es wurde mehr als einmal erklärt, daß Saragat verlor, weil er mit der Regierung ging und daß Nenni gewann, weil er scharfe Opposition betrieb. Wer aber nicht zu Saragat stoßen will, hat in der "Mitte" wenig Auswahl. Die Republikaner, deren wichtigster Programmpunkt die vor fast zehn Jahren erfolgte Schaffung der Republik war, sind nur noch mit drei Abgeordneten vertreten; die antiklerikalen, stark royalistisch gefärbten Liberalen gelten als exquisite Intelligenzler, deren Sprache und Zielsetzungen weder dem Arbeiter, noch dem Handwerker oder dem kleinen Kaufmann zusagen. Damit ist die Liste beendet, und die berechtigte Sorge bleibt: Viele von denen, die gegen den Rechtsdrall sind und etliche unter denen, die der Stärkung der Katholischen Aktion innerhalb der DC mit Mißvergnügen zuschauen, könnten sich Pietro Nennis Sozialistischer Partei nähern.

Pietro Nenni legt größten Wert auf die Feststellung, daß seine Partei zwar mit der KP befreundet, keinesfalls jedoch mit ihr praktisch identisch sei. Wieweit sich diese säuberliche Scheidung aufrecht erhalten ließe, wenn Nenni je einem die KP ausschließenden Koalitionskabinetts beiträte, ist freilich keineswegs eindeutig vorauszusagen. Die Freundschaft mag zur Liebe, und die Liebe zur Ehe führen, Soweit aber denken gewiß nicht alle, die, um dem Rechtsdrall innerhalb der Democristiana Widerstand zu leisten, sich oppositionellen Parteien zuwenden wollen.

Die Gefahr nähert sich demnach von zwei Seiten. Auf der einen stehen die Neofaschisten, die mit ungeheurem Stimmefwand und großem Geschick auf die "Gegner der Nation" hinweisen, nämlich auf die Jugoslawen und, vor allem, auf die bösen Engländer, die, mit jenen befreundet, alles tun, um Italien zu schaden; erst in zweiter Linie wird Moskau unter Beschuß genommen. Auf der anderen Seite stehen die Moskauhörigen. Genau wie die Neofaschisten wettern sie gegen den Atlantik-Pakt, gegen England, gegen Jugoslawien. Wem die Speise zusagt, kann sich also entweder für die "linke" Zubereitung begeistern oder für die "rechte"; wie so oft, berühren sich auch hier die Extreme. Wenn auf dem rechten Flügel der Democristiana gehofft wird, Freundschaft mit der extremen Rechten werde der extremen Linken Wind aus den Segeln nehmen, wird daher aus den eigenen Reihen vor solchem Experiment gewarnt. Was er entfessele sei eine zentrifugale Kraft. Sie führe automatisch zur Stärkung der Extremisten.

Kampfregerung in Hamburg

A.B. Den Hamburger Senat wird nach seiner noch in dieser Woche erfolgenden Neubesetzung durch den Hamburg-Block ein Mann zieren, der für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen kann, einer der skrupellosesten Schüler von Goebbels zu sein. Die Ernennung des Herrn Samsche zum Senator ist eine Zumutung für alle, die sich auch im politischen Kampf ein Gefühl für Würde, Anstand und Fairneß bewahrt haben. Herr Samsche war als Wahlkampfleiter des Hamburg-Blocks für Ton, Inhalt und Schreibweise des "Hanseaten" verantwortlich - jenes in hunderten Tausenden von Exemplaren verbreiteten Skandalblättchens, das im Stürmer-Stil vor und während des Wahlkampfes die Sozialdemokratie mit einer Schmähflut von Verleumdungen überschüttete. Noch am Tage vor der Wahl hatte dieser unhanscatische "Hanseat" behauptet, Bürgermeister Brauer hätte mehr Bomben auf Hamburg gewünscht.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft verfügte die Beschlagnahme. Herr Samsche, dem die Vorwerflichkeit dieses gemeinen Angriffes auf einen persönlich untadeligen und in der ganzen Welt geachteten Mann wohl bewußt sein mußte, bemühte sich noch beim Staatsanwalt und Gericht um die Aufhebung dieser Beschlagnahme. Der Vorsitzende des Hamburg-Blocks, Herr Blumenfeld, auch das sei vermerkt, drückte nach den Wahlen Bürgermeister Brauer sein Bedauern über diese "Entgleisung" aus, was allerdings Herrn Blumenfeld später nicht hinderte, wohl als Dank und Anerkennung Herrn Samsche mit einem Senatorensitz zu beschenken.

Diese Ernennung, wie auch die Berufung eines Angehörigen der DP zum Senator für die Polizei, lassen für die künftige Entwicklung in Hamburg nichts Gutes erhoffen. Die großartige Aufbauarbeit des sozialdemokratisch regierten Stadtstaates hatte sich in den letzten Jahren, von gelegentlichen Streiks abgesehen, ohne Störungen vollzogen. Zwischen Polizei und Bevölkerung bestand ein besonders enges Vertrauensverhältnis. Die Befehlsgewalt über die Hamburger Polizei wird nun das Mitglied einer Partei innehaben, die aus ihrer Feindschaft gegen die Gewerkschaften noch niemals ein Hehl gemacht hat und die sich weigerte, in ihren Versammlungen die Bundesflagge zu zeigen. In einer unwidersprochen gebliebenen Entschloßung des Kreisverbandes Salzgitter

der DP heißt es: "Die DP kann nur bestehen, wenn dem größten politischen Gegenspieler, nämlich der Gewerkschaft, ganz offensichtlich der Kampf angesagt wird". Im gleichen Zusammenhang wird von den Gewerkschaften als einer "politisch terroristischen Organisation" gesprochen. Wollte der Hamburg-Block durch die Auslieferung der wichtigsten Machtposition an ein DP-Mitglied bekunden, daß es ihm ernst um die Bekämpfung der Gewerkschaften ist ?

Die Entwicklung in Hamburg und die Brückierung der Opposition - sie vertritt beinahe die Hälfte der Bevölkerung - läßt auf einen rücksichtslosen Machtwillen schließen, der sich über alle staatspolitischen Erwägungen hinwegsetzt. Nimmt man dazu noch die Vorgänge in Berlin, wo unter ähnlichen Begleitumständen, entgegen allen demokratischen Grundsätzen, die Ausschaltung der Sozialdemokratie erfolgte, so ergeben sie einen eigenartigen Kommentar zu der wiederholt vom Kanzler und den Regierungsparteien geäußerten Absicht, in der Innenpolitik Maß zu halten und die Gegensätze nicht auf die Spitze zu treiben. Die neue Stadtregierung von Hamburg hat nach ihrer Zusammensetzung einen ausgesprochenen Kampfcharakter. Soll gewissmaßen an der Peripherie der deutschen Politik schon jetzt vorweggenommen werden, was aus vielen Gründen auf der höchsten Ebene der Bundesrepublik noch nicht opportun erscheint ?

+ + +

Meyer statt Holzapfel ?

(sp) Die Affären des ^{Gesandten} ~~Botschafters~~ der Bundesrepublik in der Schweiz, Dr. Holzapfel, sind "europabekannt", wie es kürzlich in einer Schweizer Zeitung hieß. In Deutschland amüsieren sich Freunde und Gegner der Bundesregierung über diesen seltsamen Diplomaten, aber er setzt weiter auf seinem Posten, und neuerdings war in Bern zu vernehmen, daß Herr Holzapfel ziemlich unverblümt von sich als dem künftigen Botschafter der Bundesrepublik sprach (er ist bisher Gesandter). In der Schweiz ist man sehr hellhörig in diesem Punkte und ist es umso mehr, wenn so weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung, vielmehr Verurteilung besteht wie in diesem Fall, in dem es keinen Unterschied

zwischen diesseits und jenseits der Grenzen der Länder und politischen Gruppen gibt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit aber notierten politische Kreise in der Schweiz, daß im Bonner Auswärtigen Amt die Absicht bestehen soll, den jetzt in Bern tätigen deutschen Presseattaché Dr. Meyer für Holzapfel büßen zu lassen und ihn so zu versetzen, daß es den Anschein einer Strafe haben müßte: Nach Reykjavik, der Hauptstadt Islands, Nichts gegen das Land der Geysire! Aber was hat Meyer getan, daß er aus einem Arbeitskreis fortgezogen werden soll, in dem nicht er, sondern sein Herr und Meister sich und die Bundesrepublik so lächerlich gemacht hat? Wir sind es gewohnt, daß man im Auswärtigen Amt das tut, was man selbst für richtig hält, daß man Meinungen des Parlaments wie die Äußerungen der Putzfrauen behandelt, die die Papiere fortträumen, die am Boden liegen. Aber wir werden uns nicht daran gewöhnen, zu solchem undemokratischen Verhalten einer Behörde zu schweigen, die sich gleichsam außerhalb der Kontrolle des Parlamentes dünkt. Wir erwarten, daß der Bundestag sich unverzüglich einschaltet. Es ist genug Porzellan zerschlagen worden.

+ + +

Eine abgesagte Pressekonferenz

(sp) Am Mittwoch mittag wurde in Bonn bekannt, daß der CDU-Abgeordnete Dr. Karl Walz eine von ihm vorgesehene Pressekonferenz kurzfristig absagen mußte. Was war vorausgegangen?

Der Abgeordnete, gebürtiger Saarländer, ist vor wenigen Tagen wie ein Krimineller über die saarländische Grenze in das Bundesgebiet abgeschoben worden. Grund der Ausweisung war, daß er, Bewohner des Saarlandes, sich als Kandidat für den Bundestag hatte aufstellen lassen und auch gewählt worden war. Damit habe Walz, so heißt es in der Begründung dieser Maßnahme der saarländischen Regierung, seine saarländische Staatsangehörigkeit verloren und das Recht verwirkt, im Saarland zu wohnen.

Die Empörung über dieses Vorgehen des Hoffmann-Regimes war in der Bundesrepublik allgemein, auch die Bundesregierung kritisierte diese Auslassung zunächst als einen schlechten Auftakt für die Haager Europa-Konferenz, auf der der Bundeskanzler und der französische Außenminister auch ein Gespräch über das Saarpfand führen wollen. Umso unverständlicher ist es, daß man dem Abgeordneten Walz nicht gestattet, der deutschen Öffentlichkeit eingehend über seine Erfahrungen und Ansichten zu diesen ganzen Vorgängen zu berichten. Befürchtete man, daß durch diese Pressekonferenz das Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich, so weit es durch die Saarpfand berührt wird, getrübt worden wäre?

Uns scheint, daß durch diesen Akt die saarländische Regierung wieder einmal besonders brutal ihre Entschlossenheit - die sich selbstverständlich auf die französische Rückendeckung stützt - bekundet hat, das Saargebiet endgültig aus dem deutschen Staatsverband herauszulösen.

Verantwortlich: Peter Raunan